

## **Wahl der Bezirksamtsleitung**

**BV am 23.2.2017**

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der vergangenen Bezirksversammlung haben wir uns für eine Ausschreibung der Position der Bezirksamtsleitung ausgesprochen. Wir sind der Meinung, dass es einer Bestenauslese bedarf, um den Bezirk gut und angemessen nach innen und nach außen zu repräsentieren und die notwendigen Entscheidungen zu treffen, um den Bezirk gut zu entwickeln und zu stärken. Diesem Ansinnen haben Sie widersprochen und für einen Ausschreibungsverzicht gestimmt. Das finde ich nach wie vor schade und halte es für eine verpasste Chance.

Dass die CDU-Fraktion infolgedessen einen Gegenkandidaten nominiert hat, ist danach nur folgerichtig. Ich denke, es ist guter parlamentarischer Brauch und ein Zeichen der Demokratie, bei Wahlen eine echte Entscheidung und Auswahl zu haben. Nie war es so wichtig, wie in diesen Zeiten. Deshalb habe ich sehr gern und äußerst dankbar Ja gesagt, als meine Fraktion und meine Partei mich fragten, ob ich mich hierfür zur Verfügung stellen möchte. Ich sehe das als eine Anerkennung meiner jahrelangen Arbeit in der Bezirksversammlung und seiner Ausschüsse und bedanke mich dafür schon jetzt.

Ich möchte mich Ihnen gern als Kandidatin etwas näher vorstellen.

Ich bin 35 Jahre alt, Diplomkauffrau, verheiratet und habe einen 10-jährigen Sohn. Ich bin ältestes Kind einer katholisch geprägten Großfamilie. In der kirchlichen Jugendarbeit, als Messdienerin, bei den Pfadfindern und als Schulsprecherin haben sich mein Wertegerüst und meine gesellschaftlichen Überzeugungen entwickelt. Dazu gehören das Engagement für anderes und andere ebenso wie Hilfsbereitschaft, wo sie notwendig ist. Dies war für mich auch der Antrieb, mich politisch zu engagieren und für eine Verbesserung der Gesellschaft und der Lebensumstände einzusetzen. In einem Teil meiner Freizeit engagiere ich mich deshalb als Mitglied des Caritasrates des Caritasverbandes für Hamburg, dessen Haupttätigkeitsfeld Obdachlosen- und Flüchtlingspolitik ist. Seit 2004 bin ich Mitglied dieser Bezirksversammlung und seit 2002 Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Ich darf seit langem den Verkehrsausschuss leiten und die Regionalpolitik in den Walddörfern als Fachsprecherin mitgestalten. Diese Tätigkeitsfelder haben dazu geführt, dass ich das Bezirksamt in allen Bereichen sehr gut kennengelernt habe. Im Jahr 2008 habe ich meine Diplomarbeit über die Effizienz der Verwaltungsreform 2006 in Hamburg geschrieben und mich so mit den Veränderungen zur damaligen Zeit sehr intensiv auseinandergesetzt.

Die gleiche Motivation, die mich in die Politik geführt hat, hat mich nach dem erfolgreichen Abschluss meines Studiums der Betriebswirtschaftslehre auch dazu bewogen, die Verwaltungslaufbahn einzuschlagen. Während meines Referendariats bekam ich die Chance, völlig unterschiedliche Bereiche von Verwaltung in Hamburg kennenzulernen. Ich habe mich sowohl in der hamburgweiten Organisation, der Aufsicht über Museen, dem Hochschulbau, in einem Rechtsamt, dem Staatsamt als auch ein Semester auf der Verwaltungshochschule in Speyer weiter- und fortgebildet.

Seitdem konnte ich in Referententätigkeit, der Projektleitung eines hamburgweiten Projekts und meiner jetzigen Führungsposition viele Einblicke in Verwaltungsorganisation und verschiedene Behörden gewinnen und mich nachhaltig für eine Verbesserung von Prozessen, Digitalisierung und Veränderungen einsetzen. Das neue Haushaltswesen und seine Systematik bieten die Chance einer guten betriebswirtschaftlichen Steuerung von Verwaltung, ohne die fachlichen Aspekte zu vernachlässigen. Ein Verständnis für die Instrumente gehört für mich unabdingbar zu einer guten Behördenleitung dazu. Dazu gehört auch, stets im Auge zu behalten, was das Ziel unserer staatlichen Aktivitäten ist: Die Vermehrung des Gemeinwohls. Jede Entscheidung muss so getroffen werden, dass ihr Einfluss auf das Gemeinwohl im Vordergrund steht. Man muss die Parameter dafür benennen und nicht nur fiskalische Gründe anführen. Derartige Kosten-Nutzen-Analysen führen mich in Bezug auf die Kundenzentren zum Beispiel klar zu einer Entscheidung FÜR dezentrale Standorte.

Ich setze mich leidenschaftlich für einen fachlichen Diskurs ein. Ich glaube, das wissen diejenigen, die mit mir gemeinsam Politik in den Ausschüssen machen. Ich kämpfe aus tiefster innerer Überzeugung seit Jahren dafür, dass keine Einrichtung der Jugendhilfe geschlossen werden muss. Gemeinsam ringen wir um eine Neuaufstellung der Jugendhilfeplanung, die Ausgestaltung der Verkehrspolitik und arbeiten an der regionalen Entwicklung in den Walddörfern. Meine Erfahrung der vergangenen 13 Jahre ist, dass wir immer dort zu guten Lösungen kommen, wo unsere gemeinsame Arbeit inhaltlich fundiert und nicht ideologisch aufgeladen ist.

Der Verwaltung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie muss Entscheidungen vorbereiten und begleiten und sie am Ende auch umsetzen. Dabei bin ich der Meinung, dass sie sich immer wieder bewusster machen muss, mit welchem scharfem Schwert der Staatsmacht sie umgeht. Diese Macht muss wohl dosiert eingesetzt werden. Das fordere ich schon seit einigen Jahren ein. Dies betrifft den Umgang mit den verschiedenen Trägern, den Einrichtungen und nicht zuletzt allen Bürgerinnen und Bürgern, die ein Begehren haben oder in Vertrags- und Abhängigkeitsverhältnissen zur Verwaltung und Politik stehen. In Zeiten von Politikverdrossenheit funktioniert ein Gemeinwesen nicht besser, wenn dieser Kontakt nicht angemessen und sensibel eingeübt ist. Ähnlich verhält es sich mit dem Umgang mit Bürgerwillen. Hier gibt es in der Vergangenheit sehr gute und auch weniger gute Beispiele. Eines der besonders Schlechten ist der Umgang des Bezirksamts und Senats mit den letzten Bürgerbegehren. Ein weiteres Beispiel dafür, wie hilflos und frustriert falsch verstandene Staatsmacht und Arroganz machen.

Ähnlich verhält es sich aber auch mit den Kompetenzen des Bezirks selbst. Auch diese gilt es zu stärken und vor allem zu bewahren. Wandsbek muss wieder sichtbar gemacht und seine Potenziale und sein Knowhow genutzt werden. Dies ist zurzeit jedoch nicht der Fall. Mit den immer zahlreicher werdenden Verträgen und Kontrakten, die Sie in den vergangenen Jahren mit den Fachbehörden und dem Senat geschlossen haben, höhlen Sie diese Kompetenzen immer weiter aus und schränken jede Entscheidungshoheit und –freiheit im Bezirk und der Bezirksversammlung ein.

Hiervon sind nahezu alle Politikbereiche betroffen! Vertrag für Hamburg im Wohnungsbau, Bündnis für den Radverkehr, Abgabe des Sportstättenmanagements, Kontrakte für die Sozialen Hilfen, Vereinbarung zum Erhaltungsmanagement von Straßen... Auch alle noch so verharmlosenden Namen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Kern darum geht, die Entscheidungshoheit und Einzelentscheidungen vom Bezirk zu nehmen und auf die Fachbehörden zu übertragen. Aber aus welchem Grund? Die Hamburgische Verfassung und das Bezirksverwaltungsgesetz geben doch klar die Richtung vor. Es geht um die Kompetenz und das Wissen hier vor Ort, um die Kompetenz der „Durchführungsverantwortung“, wie es so schön heißt. Wir haben dies gemeinsam und interfraktionell in der Bezirksverwaltungsreform gefestigt. Durch einige nachfolgende Entflechtungsdrucksachen wurde dies noch weiter unterstrichen. Ich stelle deutlich in Frage, ob durch die von Ihnen unterzeichneten Verträge immer das Wohl und die Weiterentwicklung des Bezirks bzw. der Bezirke im Blick maßgeblich sind. Ich habe den Eindruck, dass es vielmehr um das Durchregieren von Senatsideen geht. Ich erlebe die SPD-Bezirksamtsleitung in dem ständigen Dilemma, dies alles nicht wirklich benennen zu können. Solche Kontrakte werden auf Verwaltungsebene vorbereitet. Es ist Rolle der Bezirksamtsleitung, als Sprachrohr zur Bezirkspolitik die Auswirkungen und Folgen deutlich zu benennen und gegenüber den Fachbehörden die Bezirksinteressen mit Nachdruck zu vertreten.

Ähnlich verhält es sich bei der Ausstattung des Bezirks mit Ressourcen und Stellen. Die SPD hat 2011 davon gesprochen, die Bezirksverwaltung sei am Ende. De facto hat der Senat aber seitdem mit seiner

Stellenbewirtschaftungsdrucksache dafür gesorgt, dass die Bezirke in Bezug auf die Personalplanung und den Personaleinsatz nahezu handlungsunfähig geworden sind. Hier muss es einen starken Diskurs mit der Senatsebene geben, wie vor dem Hintergrund der Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Leistungen in den Bezirken eine angemessene Ressourcenausstattung erreicht werden kann. Neben dem Personal betrifft dies aber auch eine solide Ausfinanzierung bezirklicher Arbeit und Institutionen. Ich habe hier an dieser Stelle mehrfach, zuletzt in der Bezirksversammlung im Januar, angemahnt, dass z.B. neue Integrationsprojekte nur dann funktionieren können, wenn sie auch solide ausfinanziert werden. Nur zentral vorgehaltene Mittel, wieder unter dem Vorbehalt der Fachbehörden, sind der falsche Weg. Ebenso wie das Stopfen von Löchern in den Rahmenzuweisungen durch den Quartiersfonds. Ich möchte mich als Bezirksamtsleitung gegenüber den Fachbehörden und dem Senat wieder stärker für eine vernünftige Ressourcenausstattung an der richtigen Stelle einsetzen, im Sinne der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, die hier eklatant und zunehmend fehlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben heute eine Wahl. Sie können sich für eine Kontinuität im Stellenabbau, in der Abgabe von Kompetenzen an die Fachbehörden und im Entgegennehmen von Senatsbeschlüssen entscheiden. Ich biete Ihnen dagegen mit der Kombination meiner Verwaltungserfahrung und politischen Kompetenz einen alternativen Weg an, der den Bezirk wieder in den Mittelpunkt rückt. Die Entscheidungen über die Durchführungsaufgaben müssen hier bei uns im Bezirk verbleiben. Die Beschränkungen in der Personalwirtschaft müssen in ihren Auswirkungen klar benannt und aufgehoben werden. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass

das Bezirksamt durch die Nutzung der neuen internen Steuerungsmöglichkeiten zukunftsfähiger aufgestellt wird.

Die CDU in Wandsbek steht in der Tradition einiger Bezirksamtsleiterpersönlichkeiten. Achim Helge von Beust, Ingrid Soehring, Gerhard Fuchs und Cornelia Schroeder-Piller haben bewiesen, wie eine konstruktive, parteiübergreifende Bezirksamtsleitung zum Wohle des Bezirks und der Wandsbekerinnen und Wandsbeker aussehen kann. An dieser Tradition möchte ich anknüpfen.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!